



TG AMR 37/2012.001  
18. Mai 2012

## Offener Brief an die honduranische Regierung:

### Keine weiteren Morde, Übergriffe oder Drohungen gegen JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen in Honduras

Amnesty International zeigt sich zutiefst besorgt über die zunehmenden Drohungen und Angriffe auf JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen und fordert den Präsidenten der Republik Honduras und seine Regierung öffentlich und eindringlich auf, schnell und effektiv auf die Übergriffe zu reagieren.

Seit Anfang 2012 dokumentiert Amnesty International eine massive Verschlechterung der Sicherheitslage von JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen in Honduras:

Am 15. Mai wurde **Alfredo Villatoro**, Intendant bei Radio HRN, im Süden von Tegucigalpa tot aufgefunden. Villatoro war einige Wochen zuvor entführt worden. Sein Tod ereignete sich einige Tage nach dem Mord an **Erick Martínez**, einem LGBTI-Aktivisten und Journalisten, der am 7. Mai erdrosselt wurde.

Im Januar erhielten die Journalistinnen **Itsmania Pineda Platero** und **Gilda Silvestrucci** sowie ihre Familienangehörigen Todesdrohungen über anonyme Anrufe und Textnachrichten. Die zwei Journalistinnen gehören der 2011 gegründeten Vereinigung *Periodistas por la Vida y la Libertad de Expresión* (JournalistInnen für das Leben und die Meinungsfreiheit) an, die nach dem Mord an der Journalistin **Luz Marina Paz Villalobos** am 6. Dezember 2011 ins Leben gerufen wurde, um Gerechtigkeit zu fordern und auf die zunehmenden Übergriffe und Morde an JournalistInnen in den vergangenen Monaten aufmerksam zu machen.

Im Februar wurden zwei weitere Menschenrechtsverteidiger in der Region Bajo Aguán zum Ziel von Drohungen. **Wilfredo Paz**, Sprecher des *Observatorio Permanente de Derechos Humanos del Aguán* (Ständige Observationsstelle für Menschenrechte im Aguán) und Mitglied der *Frente Nacional de Resistencia Popular* (Nationale Widerstandsbewegung, FNRP) erhielt eine Drohung per SMS, die an **Juan Chinchilla**, Aktivist des *Movimiento Unificado Campesino del Aguán* (Vereinte Bauernbewegung im Aguán, MUCA) gerichtet war. Die Observationsstelle und MUCA hatten sich an der Organisation des Internationalen Menschenrechtstreffens für die Solidarität mit Honduras beteiligt, das zwei Tage zuvor stattgefunden hatte.

Ebenso im Februar dieses Jahres erhielt **Mavis Ethel Cruz**, Journalistin aus San Pedro Sula, einen Anruf mit Todesdrohungen, kurz nachdem sie ihre Sendung *Noticias a la Hora* (Aktuelle Nachrichten) bei dem Sender *Radio Libertad* beendet hatte. Ihr Programm beinhaltete an diesem Tag Nachrichten und Debatten über Arbeitsrecht, Korruption und Polizeireform. Der anonyme Anrufer drohte ihr mit der Ermordung ihres Sohnes.

Im Februar und April wurde die Journalistin und Menschenrechtsverteidigerin **Dina Meza**, Mitglied des *Comité de Familiares de Detenidos y Desaparecidos en Honduras* (Komitee der Familienangehörigen von Gefangenen und Verschwundenen in Honduras, COFADEH) und Direktorin der Menschenrechts-Webseite *Defensores en Línea* (Verteidiger online) mehrfach bedroht und eingeschüchtert. Die Drohungen gegen Dina Meza per Text und Telefon beinhalteten Androhungen von sexueller Gewalt.

Im März erhielt auch **Bertha Oliva**, Gründerin und Koordinatorin von COFADEH, Drohungen per Telefon. Ein weiteres Mitglied von COFADEH wurde im gleichen Monat verbal von einem Mann bedroht, als sie das Büro betrat. Ende April wurde auch **Nohemí Pérez**, ein weiteres Mitglied von COFADEH, verbal von einem Unbekannten bedroht, als sie das Portal zu den Büros von COFADEH betrat.

Die Drohungen richteten sich auch gegen internationale Begleiter von MenschenrechtsverteidigerInnen: Ende April erhielten Mitglieder von **PROAH – Proyecto de Acompañamiento en Honduras** (Begleiterprojekt Honduras) im Zusammenhang mit ihrer Begleitarbeit zwei Todesdrohungen in Form von Textnachrichten.

Amnesty International beobachtet die Menschenrechtssituation in Honduras seit vielen Jahren. Die Organisation erkennt an, dass die honduranische Regierung während der Untersuchungsperiode 2010 vor den Vereinten Nationen eine Einladung an die Experten der Organisation der Vereinten Nationen und des Interamerikanischen Menschenrechtssystems ausgesprochen hat. Auch wird das vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission 2011 verkündete Versprechen der honduranischen Regierung anerkannt, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit von JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen zu garantieren. Dieses Versprechen schloss die Implementierung von Vorsichtsmaßnahmen ein, die von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission zugunsten der gefährdeten MenschenrechtsverteidigerInnen, AktivistInnen und JournalistInnen empfohlen wurden.

Nichtsdestotrotz ist die neue Welle von Übergriffen auf JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen besorgniserregend. Es müssen umgehend Maßnahmen ergriffen werden, die die Mechanismen zum Schutz von JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen stärken und zu denen sie schnell und effektiv Zugang haben, sobald ihr Leben oder ihre persönliche Unversehrtheit in Gefahr sind.

Es müssen zudem konkrete Maßnahmen für eine Verbesserung der Ermittlungen ergriffen werden. Es ist absolut notwendig, die Straflosigkeit zu beenden und den beschriebenen Angriffen und Drohungen ein Ende zu setzen. Die Straflosigkeit dieser Verbrechen führt lediglich zu einem Anstieg der bereits jetzt skandalösen Straflosigkeit im Land und weckt ernste Zweifel an der Verpflichtung der Regierung gegenüber den Menschenrechten.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Erklärung der Vereinten Nationen über Rechte und Pflichten von Individuen, Gruppen und Institutionen, die Menschenrechte und die universell anerkannten fundamentalen Freiheiten zu fördern und zu schützen (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte), die Rechte stärkt, die in den internationalen Menschenrechtsabkommen, die Honduras ratifiziert hat, festgelegt sind und die mit den Normen der honduranischen Verfassung übereinstimmen. Dies sind u. a. das Recht auf Leben, persönliche Unversehrtheit und Meinungs-, Versammlungs- und Bewegungsfreiheit. Die Arbeit, ihre Legitimität und der fundamentale Beitrag derjenigen, die die Menschenrechte verteidigen, wurde weltweit umfassend anerkannt.

Das allgemeine Klima der Unsicherheit, Straflosigkeit und das Gefühl der Verwundbarkeit von JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen unterstreicht die Notwendigkeit, dass die honduranische Regierung konkrete, schnelle und effektive Maßnahmen ergreift, so

- die öffentliche Anerkennung der wichtigen und legitimen Arbeit von JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen
- die Entwicklung einer einheitlichen Regierungspolitik, die Präventions- und Schutzmaßnahmen für diejenigen einschließt, die für die Verteidigung der Menschenrechte arbeiten. Es ist erforderlich, dass diese Politik im Dialog mit der Zivilgesellschaft einschließlich der JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen entwickelt wird und dass die dafür notwendigen Mittel für die effektive Implementierung zur Verfügung gestellt werden
- die Einführung und Umsetzung eines Gesetzes, das den Schutz von JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen garantiert und den Schutzmechanismen institutionelle Stabilität verleiht sowie die notwendigen wirtschaftlichen und personellen Mittel bereitstellt, die für die effektive Umsetzung notwendig sind
- das Ergreifen sofortiger Maßnahmen, um den Schutz, der bereits einigen in diesem Bericht erwähnten Personen gewährt wird, neu zu bewerten und zu stärken sowie die Schutzmaßnahmen auf alle weiteren bedrohten Personen auszuweiten
- die schnelle, gründliche und unabhängige Untersuchung der Drohungen gegen die in diesem Bericht erwähnten Personen, um die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen und die Opfer entsprechend zu entschädigen

Die Situation der Angriffe gegen JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen ist alarmierend, und die Regierung der Republik Honduras muss dementsprechend handeln. Sie hat nun die Möglichkeit, gegen die besorgniserregende Situation vorzugehen und ihre wahre Verbindlichkeit zur Einhaltung der Menschenrechte gegenüber allen im Land lebenden Menschen zu beweisen.

*(Übersetzung: Kirstin Büttner)*